

NIEDERSCHRIFT

22. Sitzung des Stadtbezirksrates Südstadt-Bult am Mittwoch, 18. Februar 2009,
Athanasiusgemeinde, Böhmerstraße 8, Untergeschoss

Beginn 18.00 Uhr
Ende 20.00 Uhr

Anwesend: (verhindert waren)

Bezirksbürgermeister Pollähne	(SPD)
Stellv. Bezirksbürgermeister Meese	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bezirksratsherr Beins	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bezirksratsherr Diener	(SPD)
Bezirksratsfrau Grube	(CDU)
Bezirksratsherr Hoffmeister	(CDU)
Bezirksratsfrau Ike	(CDU)
Bezirksratsherr Jäkel	(SPD)
Bezirksratsfrau Keil	(SPD)
Bezirksratsfrau Dr. Kollenrott	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bezirksratsherr Kuchenbuch	(CDU)
Bezirksratsherr Küßner	(CDU)
Bezirksratsherr Lerke	(SPD)
Bezirksratsherr Mohr	(SPD)
(Bezirksratsherr Nagel)	(SPD)
(Bezirksratsfrau Penner)	(CDU)
Bezirksratsherr Schmitz-Justen	(DIE LINKE.)
Bezirksratsherr Siekermann	(FDP)
Bezirksratsherr Stichternath	(CDU)
Bezirksratsfrau Walther-Opitz	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bezirksratsfrau Zühl	(SPD)

Beratende Mitglieder:

(Beigeordnete Bittner-Wolff)
(Ratsherr Degenhardt)
Ratsherr Dette 18.00 - 19.20 Uhr
Beigeordneter Engelke 18:20 - 20:00 Uhr
(Ratsherr Hermann)

Verwaltung:

Frau Hogan	18.63.07
Frau Lahde-Fiedler	61.12
Frau Rudolph	42.5 zu TOP 4.1
Herr Busse	18.62.07

Presse:

Frau Beyer	Stadt-Anzeiger
Herr Fuhrer	HAZ
Herr Öllerer	Hallo Südstadt-Bult

Tagesordnung:

- I. Ö F F E N T L I C H E R T E I L
1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
2. EINWOHNER- und EINWOHNERINNENFRAGESTUNDE
3. Genehmigung d. Niederschrift über die Sitzung am 21. Januar 2009 (öff. Teil)
4. A N H Ö R U N G E N
- 4.1. Zusammenlegung der Haupt –und Realschule Heinrich-Heine-Schule mit der Gustav-Stresemann-Realschule am Standort Altenbekener Damm 20 zu einer Haupt- und Realschule (HRS)
(Drucks. Nr. 0152/2009)
- 4.1.1. Zusammenlegung HHS / G.-Stresemann-Realschule
- Zusatzantrag zu Drucks. 0152/2009 -
(Drucks. Nr. 15-0390/2009)
- 4.2. Theater am Aegi, Umsetzung von Brandschutzmaßnahmen
5. A N F R A G E N
- 5.1. der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 5.1.1. Toilettensanierung Elsa-Brändström-Schule
(Drucks. Nr. 15-0267/2009)
- 5.2. von Bezirksratsherrn Siekermann (FDP)
- 5.2.1. Unterwegs in der Umweltzone Hannover
(Drucks. Nr. 15-0273/2009)
- 5.2.2. Gutachten "Kunst im öffentlichen Raum"
(Drucks. Nr. 15-0274/2009)
- 5.3. von Bezirksratsherrn Schmitz-Justen (DIE LINKE.)
- 5.3.1. Ersatzkulturstätte in der Athanasius-Kirchengemeinde als "Stadtteilzentrum"
(Drucks. Nr. 15-0275/2009)
6. A N T R Ä G E
- 6.1. Interfraktionell
- 6.1.1. "Bunt statt braun" - Unterstützung der Initiative gegen Naziaufmarsch -
(Drucks. Nr. 15-0272/2009)
- 6.1.2. Bezirkshaushalt 2009 - RSV 26, Heizung Klubheim -
(Drucks. Nr. 15-0212/2009)
- 6.1.3. Bezirkshaushalt 2009 - HKC, Rennboot -

(Drucks. Nr. 15-0213/2009)

- 6.1.4. Bezirkshaushalt 2009 - Post SV, Spiegelwand -
(Drucks. Nr. 15-0214/2009)
- 6.1.5. Bezirkshaushalt 2009 - KunstWerk, Gartenvielfalt II. -
(Drucks. Nr. 15-0225/2009)
- 6.1.6. Bezirkshaushalt 2009 - G.-Stresemann-Realschule, Jubiläum -
(Drucks. Nr. 15-0226/2009)
- 6.2. der CDU-Fraktion
 - 6.2.1. Kreuzungsumgestaltung Spielhagenstr. / Tiestestr.
(Drucks. Nr. 15-0041/2009)
 - 6.2.2. TiHo-Sportplatz auf der Bult
(Drucks. Nr. 15-0268/2009)
 - 6.2.2.1. TiHo-Sportplatz auf der Bult
- Änderungsantrag zu Drucks. Nr. 15-0268/2009 -
(Drucks. Nr. 15-0391/2009)
 - 6.2.3. Durchgezogene Linie entlang der Bushaltestelle Jordanstraße
(Drucks. Nr. 15-0270/2009)
- 6.3. der SPD-Fraktion
 - 6.3.1. Neues Ampelsystem Hildesheimer Straße
(Drucks. Nr. 15-0271/2009)
- 7. Informationen der Verwaltung über Bauvorhaben
- II. NICHT ÖFFENTLICHER TEIL
- 8. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 21. Januar 2009
(nichtöffentl. Teil)
- 9. Informationen über Bauvorhaben

I. ÖFFENTLICHER TEIL

TOP 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

Herr Pollähne eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest. Es wurden folgende Anmerkungen zur Tagesordnung vorgenommen:

Zu TOP 4.1 begrüßte er Frau Rudolph vom FB Bibliothek und Schulen.

TOP 4.2 muss abgesetzt werden, da keine Anhörung des Bezirksrates erforderlich ist.

TOP 7 und 9 werden abgesetzt, da keine Berichtspunkte vorliegen. Die so veränderte Tagesordnung wurde **einstimmig** bestätigt.

TOP 2. EINWOHNER- und EINWOHNERINNENFRAGESTUNDE

Der Schulleiternratsvorsitzende der Gustav-Stresemann-Realschule (GSR) erinnerte an das Treffen zwischen den beteiligten Schulen und der Politik und der gemeinsamen Einschätzung, dass der in der Drucksache genannte zeitliche Rahmen nicht realistisch sein kann. Er kritisierte eine Pressemeldung der SPD, in der aus seiner Sicht unrealistische Zeitschienen für eine Konzepterarbeitung durch die Schulleitungen avisiert werden. Hier sollte sich die Orientierung eher an der Zeitschiene des Verwaltungshandelns ausrichten, also 24 - 36 Monate eingeplant werden.

Er nannte die Anmeldezahl von 75 SchülerInnen zum nächsten Schuljahr als Beleg für die Forderung nach eigenständiger Realschule. Sein Eindruck ist, dass mit der Beschlussdrucksache lediglich das Ziel verfolgt wird, Platz für die Grundschule Bonner Straße zu erhalten. Aus diesem Grund werden aus seiner Sicht auch die Positionen, die im gemeinsamen Treffen vertreten wurden, in der angesprochenen Pressemitteilung nicht mehr gehalten. Er fragte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ob sie weiterhin zu der Zusage stehen würden, die Aussagen der Drucksache zu modifizieren und dafür in die Fraktion zu ziehen.

Die Personalvertreterin des Lehrerkollegiums der GSR betonte ebenfalls, dass der sog. Prüfauftrag nicht ergebnisoffen war, sondern mit dem Ziel der Verlagerung der GS Bonner Straße erteilt wurde. Sie betonte, dass die GSR 28 SchülerInnen in den Klassen hat, die HRS in Ahlem und Bemerode deutlich weniger, die Heinrich-Heine-HRS (HHS) lediglich 18 SchülerInnen Klassenstärke hat. Sie regte an, zu prüfen, ob die GS Bonner Straße in der HHS untergebracht werden kann oder ob die HHS mit der PPS zusammengelegt werden kann.

Herr Meese sagte in Bezug auf die stattgefundenen Gespräche, dass bis heute nicht alle Zahlen, speziell zur Infrastruktur vorliegen würden, diese aber nachzuliefern sind. Er sprach dagegen, dass jetzt keine neuen Modelle von Schulzusammenlegungen untersucht werden sollen und erwähnte, dass der Bezirksrat bis zum 28. März Zeit hat, zu beraten. Die bisherigen RednerInnen der GSR widersprachen dieser Sichtweise und baten um Prüfung anderer Formen der Zusammenlegung.

Der Schulleiter der GSR fragte nach der genannten Frist, die **Herr Meese** verdeutlichte. Der Schulleiter machte deutlich, dass für eine in die Diskussion gebrachte Gesamtschule eine Fünzfügigkeit Voraussetzung ist, die angestrebte Zusammenlegung aber eine Vierzügigkeit festlegt. Er verwies auf die innerhalb der Landesregierung anstehende Abstimmung zur Schulsituation am Ende des Monats Februar und bat, darauf zu warten, um ggf. neue Erkenntnisse in die Entscheidung einfließen zu lassen.

Herr Hoffmeister sagte, dass die schulpolitische Debatte an anderer Stelle geführt werden muss und verwies darauf, dass es in der HHS schon die Zusammenarbeit von Grund- und Hauptschule gegeben hat. Daher sollte nochmal darüber nachgedacht werden. Seine Fraktion unterstützt die eigenständige GSR.

Frau Dr. Kollenrott betonte, dass die Pressemitteilung der SPD nicht bekannt ist, dass aber der Zusatzantrag, der heute vorgelegt wird, ein Schritt zur Entwicklung im Stadtbezirk sein soll. Sie gab zu, dass sicherlich nicht alles optimal in diesem Zusatzantrag erfasst werde, sagte aber zu, mit den Schulen im Dialog zu bleiben, um Verbesserungen zu erreichen. Sie brachte zum Ausdruck, dass das, was die GSR in Bezug auf die Zeitschiene fordert, nicht mehrheitsfähig ist, wogegen der Schulleiternratsvorsitzende vehement protestierte. Aus seiner Sicht muss den Schulen mindestens die gleiche Zeit zur Verfügung gestellt werden, Konzepte zu entwickeln, wie die Verwaltung für die Erarbeitung der vorliegenden Drucksache benötigte.

Herr Schmitz-Justen kündigte an, die Drucksachen zur Beratung in die "Fraktion" zu ziehen, da aus seiner Sicht die Bevölkerung mehr beteiligt werden muss.

Herr Siekermann machte deutlich, dass sowohl die Pensionierung des Schulleiters der HHS im Sommer d.J. organisatorische Schwierigkeiten für die Konzepterarbeitung aufwirft als auch der weitere Verbleib der Außenstelle der Elsa-Brändström-Schule. Er befürwortete eine Vertagung und weitere Beratung.

Der Schulleiternratsvorsitzende verlangte eine Aussage dazu, warum die von der

Verwaltung vorgegebene Zeitschiene unbedingt eingehalten werden muss.

Nach einem kurzen turbulentem Ausflug in die Landespolitik stellte **Herr Pollähne** dar, dass das in Rede stehende Thema den Schulen seit ca. einem Jahr bekannt ist und alle politischen Richtungen des Stadtbezirksrates außer Herrn Siekermann in einem Treffen am 5. Februar in der HHS den Tenor des vorliegenden Zusatzantrages besprochen haben und Akzeptanz herrschte.

Der Schulleiternratsvorsitzende bestätigte, dass das Thema seit mehr als einem Jahr bekannt ist und es Gespräche gegeben hat. Er stellte dar, dass der Schulleiternrat sich mehrfach an die Verwaltung gewandt hat, aber entweder keine Antwort erhalten hat oder an den Schulleiter verwiesen wurde. Er bestätigte einen Konsens des Gespräches vom 5.2.09, der auch die präkere Zeitsituation der Schule beinhaltete.

Nun, in der Form des Zusatzantrages, ist davon keine Rede mehr, wofür er eine Erklärung wünscht.

Der Schulleiter der GSR machte darauf aufmerksam, dass die HHS auch weiter eine Schulleitung, den Konrektor, haben wird. Er machte deutlich, dass es bei den derzeitigen Schülerzahlen in den 5. Klassen aus vier Klassen 90 SchülerInnen geben wird, die lt. Vorgaben der Landesschulbehörde in drei Klassen zu unterrichten wären. Organisatorisch könnten es vier Klassen bleiben, aber es würden nur Lehrerstunden für drei Klassen bewilligt werden. Somit würde die Unterrichtsqualität leiden. Außerdem betonte er nochmals, dass ein vorzeigbares Konzept zweier Schulen mehr Zeit braucht, erarbeitet zu werden, als der Zeitplan der vorliegenden Drucksache gewährt.

Frau Rudolph entkräftete den Vorwurf, dass die Verwaltung die Schreiben nicht beantwortet hätte mit dem Hinweis auf ein Antwortschreiben der Schuldezernentin, in dem die gegenteilige Sicht der Stadt dargelegt wird. Bezüglich der angeblich nicht stattgefundenen Gespräche machte sie deutlich, dass es schon vor den letzten Sommerferien erste Gespräche mit den Schulleitungen und Personalvertretungen gegeben hat. In einer späteren Dienstbesprechung in der GSR wurde von Seiten des Schulleiters der GSR festgestellt, dass alle Argumente ausgetauscht wurden und es zu einer Verwaltungsentscheidung kommen sollte. Nach Verfassung der Drucksache wurden beide Schulleiter im Gespräch vom Wortlaut der Drucksache informiert und es ging ins Verfahren, dessen erster Schritt jetzt hier im Bezirksrat behandelt wird.

Ein **Vertreter** des **Südstädter Komöd`chens** machte deutlich, dass kein Probenraum zur Verfügung steht und bittet um Unterstützung bei der Suche danach.

TOP 3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 21. Januar 2009 (öff. Teil)

Frau Grube monierte eine fehlende Zusatzfrage von Frau Ike zu TOP 5.3.1.

Herr Busse erinnerte daran, dass er aufgrund fehlender Bandaufnahme um die Wortbeiträge gebeten hatte, aber von Frau Ike keine Rückmeldung kam. Somit wurde nichts ins Protokoll aufgenommen, was so jetzt akzeptiert wurde.

Mit 2 Enthaltungen

TOP 4. ANHÖRUNGEN

TOP 4.1. Zusammenlegung der Haupt –und Realschule Heinrich-Heine-Schule mit der Gustav-Stresemann-Realschule am Standort Altenbekener Damm 20 zu einer Haupt- und Realschule (HRS)

(Drucks. Nr. 0152/2009)

Herr Schmitz-Justen zog die Drucksache zur Beratung "in die Fraktion". Der Zusatzantrag sollte aber zunächst noch verlesen werden.

Auf Wunsch der DIE LINKE. in die Fraktionen gezogen

TOP 4.1.1.

Zusammenlegung HHS / G.-STresemann-Realschule

- Zusatzantrag zu Drucks. 0152/2009 -

(Drucks. Nr. 15-0390/2009)

Frau Zühl las den Zusatzantrag vor.

Mitglieder der CDU-Fraktion kritisierten heftig, dass der Antrag nicht vorab an alle Bezirksratsmitglieder verteilt wurde, wie es üblich ist.

Protokollanmerkung:

Gem. § 12 der GO können Änderungs- oder Zusatzanträge in der Sitzung gestellt werden. Sie müssen dem Vorsitzenden schriftlich formuliert vorliegen, bevor darüber entschieden wird.

Auf Wunsch der DIE LINKE. in die Fraktionen gezogen

TOP 4.2. Theater am Aegi, Umsetzung von Brandschutzmaßnahmen

Abgesetzt

TOP 5. A N F R A G E N

TOP 5.1. der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

TOP 5.1.1. Toilettensanierung Elsa-Brändström-Schule

(Drucks. Nr. 15-0267/2009)

Der Stadt-Anzeiger Süd berichtete in seiner Ausgabe vom 22.01.2009 u.a. über die Sanierung der Elsa-Brändström-Schule (EBS), für deren Runderneuerung 10,87 Mio. € im städtischen Haushalt eingeplant sind. Am 16.10.2007 fand eine Begehung mehrerer Schulen durch Mitglieder des Bezirksrates Südstadt-Bult statt, um sich der von den Schulleitungen geschilderten Probleme der Toilettenbereiche anzunehmen. Auch die EBS wurde diesbezüglich besichtigt.

Wir fragen die Verwaltung:

Wird im Rahmen dieser umfangreichen Sanierung der Schule auch der völlig veraltete Toilettentrakt saniert?

Antwort der Verwaltung:

Ja. Der veraltete Toilettentrakt im Bereich des Baufeldes der neuen Mensa wurde bereits abgerissen. Diese Toilettenanlagen werden im geplanten Mensagebäude neu geschaffen. Die Toiletten im Sporthallen trakt und im Aulabereich werden im Zuge der Sanierung einschließlich der technischen Infrastruktur komplett erneuert.

TOP 5.2. von Bezirksratsherrn Siekermann (FDP)

TOP 5.2.1. Unterwegs in der Umweltzone Hannover

(Drucks. Nr. 15-0273/2009)

In der Umweltzone Bremen können bestimmte Parkhäuser auch ohne Plakette bis Juni 2011 direkt angefahren werden. Im Stadtbezirk Südstadt-Bult befindet sich der Parkplatz des Krankenhauses Henriettenstift an der Sallstraße, der hauptsächlich von auswärtigen Besuchern und von britischen Armeeangehörigen benutzt wird.

Ich frage die Verwaltung:

1. Warum wird nicht auch in Hannover die unbürokratische Regelung der Bremer übernommen?
2. Welche Vorschriften sprechen dagegen, Benutzern des Parkplatzes an der Sallstraße

eine Ausnahme von Fahrverbot in der Umweltzone ohne Plakette zuzulassen, wenn sie ihn im direkten Weg über Hans-Böckler-Allee und Marienstraße anfahren?

Antwort zu 1:

Die Umweltzone hat das Ziel, die verkehrsbedingten NO₂-Emissionen in ihrem Bereich zu senken. Sie erreicht dieses Ziel dadurch, dass bestimmte hoch emittierende Fahrzeuge in ihr nicht mehr fahren dürfen. Da die Emissionen nicht vom Fahrtziel abhängen, ist es mit den Zielen der Umweltzone nicht vereinbar, Fahrten zum Parkplatz des Henriettenstiftes freizustellen. Da das Krankenhaus Henriettenstift – wie die Umweltzone insgesamt – auch hervorragend an den öffentlichen Personennahverkehr angebunden (Stadtbahnlinien 4,5,6,11 und die Buslinie 121) ist, bedarf es auch keiner solchen Freistellung.

Die angesprochene bremische Regelung ist im Übrigen in der Praxis nicht zu überwachen und stellt die Umweltzone als Ganzes in Frage.

Antwort zu 2:

Eine einseitige Freigabe des Henriettenstift-Parkplatzes stellt eine sachlich nicht gerechtfertigte Sonderbehandlung des Henriettenstiftes dar. Neben weiteren Krankenhäusern (z.B. Siloah, Friederikenstift, Nordstadt) müsste diese Regelung auch auf die übrigen Parkplätze und Parkhäuser und letztlich auf alle öffentlichen oder privaten Parkplätze im Bereich der Umweltzone ausgedehnt werden.

Damit wäre die Umweltzone inhaltlich entkernt und würde nicht mehr den Vorgaben des Luftreinhalteplanes entsprechen, wie er am 12. Juli 2007 vom Rat beschlossen wurde.

**TOP 5.2.2. Gutachten "Kunst im öffentlichen Raum"
(Drucks. Nr. 15-0274/2009)**

Im Sommer 2006 wurde das Gutachten zur kritischen Analyse der Kunst im öffentlichen Raum der Landeshauptstadt durch das Kulturdezernat in Auftrag gegeben. Das Gutachten hat den Titel „Stand der Kunst im öffentlichen Raum im Innenstadtbereich Hannover – Perspektiven für deren Pflege und Entwicklung“. Es wurde im Juli 2008 im Kulturausschuss beraten. Es war vorgesehen, dass ein öffentlicher Diskurs zu Fragen des Gutachtens vorzubereiten. Etwa sieben der im Gutachten beschriebenen Objekte stehen im öffentlichen Raum des innenstadtnahen Stadtbezirks Südstadt-Bult. Weitere Kunstobjekte sind im Öffentlichen Raum des Stadtbezirks vorhanden und bedürfen auch einer kritischen Überprüfung des Standortes.

Ich frage die Verwaltung:

1. Wann wird der Stadtbezirksrat über das Gutachten und seinen Empfehlungen informiert und warum ist er entgegen der NGO § 55c in Verbindung mit der GO des Rates der Landeshauptstadt Hannover bisher nicht informiert worden?
2. Was passiert mit den anderen Kunstobjekten im öffentlichen Raum wie zum Beispiel am Maschsee, am Braunschweiger Platz oder an der Elsa-Brändström-Schule?

Antwort zu 1:

Die Info-Drucksache Nr. 2168/2008 ist versehentlich nicht in den Stadtbezirksrat Südstadt-Bult gegeben worden. Wir bitten das zu entschuldigen.

Das Gutachten ist im Internet einzusehen unter:

www.hannover.de : das Suchwort „Gutachten Kunst im öffentlichen Raum“ ist einzugeben. Von der Druckversion gibt es nur noch Ansichtsexemplare.

Wir schlagen vor, die Info-Drucksache in Zusammenhang mit dem Gutachten in der nächsten Sitzung des Bezirksrates am 18. März 2009 zu behandeln, wenn dies so

gewünscht wird.

Antwort zu 2:

Die Kulturverwaltung hat die in der Drucksache formulierten weiteren Schritte in Angriff genommen. Die stadtinterne Arbeitsgruppe wurde gebildet.

Das Arbeitsprogramm für die im Gutachten erwähnten Kunstwerke erweist sich als sehr umfangreich. Im Vordergrund steht vorerst eine verbesserte Pflege, wie Reinigung und Instandhaltung. Soweit es um Versetzung, Entfernung und große Restaurierung geht, werden die jeweiligen Stadtbezirksräte informiert und beteiligt.

Die Begutachtung aller weiteren Kunstobjekte im öffentlichen Raum kann erst nach der Abarbeitung der Empfehlungen des vorliegenden Gutachtens erfolgen.

TOP 5.3. von Bezirksratsherrn Schmitz-Justen (DIE LINKE.)

TOP 5.3.1.

Ersatzkulturstätte in der Athanasius-Kirchengemeinde als "Stadtteilzentrum" (Drucks. Nr. 15-0275/2009)

Im Stadtbezirk Südstadt-Bult wurde von mehreren Seiten kolportiert, dass eine Kulturstätte im kleineren Rahmen als Übergangslösung für ein Stadtteilzentrum in den Räumen der Athanasius Kirchengemeinde errichtet werden sollte. Eventuell sogar mit der Option einer Bühnennutzung.

Derzeitiger Sachstand ist, dass lediglich das Kulturbüro Südstadt in die Räume der Athanasius Kirchengemeinde eingezogen ist, dieses aber die zugewonnenen Kapazitäten selbst mehr als auslastet und keine Räumlichkeiten an Dritte vergeben kann.

Das bedeutet, dass es in der Südsstadt keinerlei Verbesserungen für unabhängig Kulturschaffende, wie zum Beispiel dem gemeinnützigen e.V. „Südstädter Komöd'chen“, gibt. Dieser kann auch weiterhin nicht auf dauerhafte Proben- und Aufführungsstätten zugreifen, so dass der genannte Verein sogar seine Existenz spätestens ab März 2009 bedroht sieht. Damit würde dem Stadtbezirk ein langjährig bestehendes und etabliertes Amateur-Theater verlustig gehen.

Ich frage deshalb die Verwaltung:

1. Bestehen Pläne, die Räumlichkeiten in der Athanasius Kirchengemeinde auch vom Kulturbüro unabhängige Kulturschaffende aus dem Stadtbezirk Südstadt-Bult zur Verfügung zu stellen?
2. Kann die Verwaltung umgehend die dringend benötigte Proben- und Aufführungsstätte dem Amateur-Theater Südstädter Komöd'chen gem e.V. zur Verfügung stellen?
3. Kann wenigsten mit einer Realisierung in einem städtischen Gebäude zu März 2009 im Stadtbezirk Südstadt-Bult gerechnet werden?

Vorbemerkung:

Mit der Beschlussdrucksache 15-2368/2008 wurde vom Bezirksrat Südstadt-Bult die Verlegung des Kulturbüros Südstadt (bisher Schlägerstr.) an den Standort Athanasiusgemeinde in der Böhmerstr. 8 beschlossen. Vorgesehen ist, für die Arbeit des Kulturbüros räumliche Ressourcen am Standort Athanasiusgemeinde zu nutzen und dadurch das Angebotsspektrum der derzeitigen kulturellen Aktivitäten zu verbreitern.

Antwort der Verwaltung zu Frage 1:

Die für das Kulturbüro angemieteten Räumlichkeiten (Büro und Gruppenräume, sowie 1 x monatlich der Saal) stehen für die Arbeit des Kulturbüros Südstadt zur Verfügung. Inhaltliche Angebote (Kurse, Veranstaltungen, Projekte etc.) ergeben sich wie bisher auch aus verschiedenen Bedarfen nach Kultur- und Bildungsangeboten für die Südstädter Bürgerinnen und Bürgern und aus Kooperationen mit anderen Institutionen, Initiativen und

KünstlerInnen im Stadtteil.

Die Athanasiusgemeinde vermietet darüber hinaus ihre Räume, soweit sie nicht durch die Gemeinde selbst und das Haus der Religionen genutzt werden. Die Gemeinde ist an dieser Stelle offen für unterschiedliche Aktivitäten und Nutzungswünsche. Die Raumkapazitäten sind allerdings begrenzt, sodass nicht alle Wünsche erfüllt werden können.

Antwort der Verwaltung zu Frage 2:

Das Südstädter Komöd'chen e.V. probte zuletzt im Freizeitheim Döhren und könnte dort ab März auch weiterhin einen Probenraum nutzen.

Antwort der Verwaltung zu Frage 3:

Siehe Antwort zu Frage 2. Im Stadtbezirk sieht die Verwaltung derzeit keine für das Theater geeigneten Räumlichkeiten.

Zusatzfragen:

von **Herrn Schmitz-Justen:**

Kann die Verwaltung bestätigen, dass gem. der Antwort zu Frage 2 das Südstädter Komöd'chen weiterhin im FZH Döhren proben kann und ist dies mit dem FZH und dem Verein abgesprochen?

Herr Busse verlas dazu einen Schriftwechsel mit dem zuständigen FB, wonach der Verein entsprechend der Miet- und Benutzungsordnung Räume dort mieten kann. Dies ist dem Verein bekannt.

Für den Fall, dass diese Info nicht vorliegen sollte, wurde eine Miet- und Benutzungsordnung sowie eine Preisliste ausgehändigt.

von **Herrn Diener:**

Werden Mieten in diesem Haus auch nach der städt. Miet- und Benutzungsordnung berechnet?

Herr Busse entgegnete, dass dies nach dem Einzug des Kulturbüros so sein soll.

Herr Schmitz-Justen fragte, ob kirchliche Räume deutlich teurer seien als die städtischen Räume?

Herr Busse konnte dies nicht sicher beantworten und verwies auf Herrn Siekermann als Mitglied im Förderverein Südstadtbibliothek, der momentan mit der Athanasiusgemeinde und Herrn Wuttig, Stadtteilkulturarbeit, die Bedingungen aushandelt.

Herr Siekermann machte deutlich, dass die Kirchengemeinde eine eigene Gebührenordnung hat und nach dieser abrechnet.

Die Kirchenräume sind eben keine Räumlichkeiten nach der NGO.

TOP 6. A N T R Ä G E

TOP 6.1. Interfraktionell

TOP 6.1.1. "Bunt statt braun" - Unterstützung der Initiative gegen Naziaufmarsch - (Drucks. Nr. 15-0272/2009)

Der Bezirksrat beschloss:

1. Der Bezirksrat Südstadt-Bult unterstützt das vom DGB Niedersachsen-Mitte initiierte Bündnis mit dem Aufruf zum 1. Mai 2009 „*Bunt statt braun*“ – *Keinen Meter – Gemeinsam gegen den Naziaufmarsch !* (siehe Anlage 1 in der Fassung vom 15.01.2009), der sich gegen den Aufmarsch der „Freien Kameradschaften“ und der NPD am 1. Mai 2009 wendet.
2. Der Bezirksrat Südstadt-Bult ruft alle Bürgerinnen und Bürger sowie gesellschaftlichen Gruppierungen aus Südstadt und Bult auf, diese Provokation nicht tatenlos hinzunehmen sondern gemeinsam und friedlich gegen den Naziaufmarsch zu protestieren und zu demonstrieren.
3. Die Mitglieder und Fraktionen im Bezirksrat Südstadt-Bult wenden sich gegen

jegliche Form von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus.

4. Sie treten für ein Menschenbild ein, das geprägt ist von Weltoffenheit und Toleranz gegenüber MitbürgerInnen unabhängig ihrer Herkunft. Allen aufkommenden Bestrebungen, dies zu unterlaufen sagen wir unseren entschiedenen Widerstand an.

Einstimmig

**TOP 6.1.2. Bezirkshaushalt 2009 - RSV 26, Heizung Klubheim -
(Drucks. Nr. 15-0212/2009)**

Der Bezirksrat beschloss:

Dem RSV 26 wird für die Erneuerung seiner Heizung im Klubheim ein Betrag von bis zu **1.000,00 Euro** zur Verfügung gestellt.

Einstimmig

**TOP 6.1.3. Bezirkshaushalt 2009 - HKC, Rennboot -
(Drucks. Nr. 15-0213/2009)**

Der Bezirksrat beschloss:

Dem Hannoverschen Kanu-Club e.V. wird für die Anschaffung eines neuen Rennbootes ein Betrag von bis zu **1.300,00 Euro** zur Verfügung gestellt.

Einstimmig

**TOP 6.1.4. Bezirkshaushalt 2009 - Post SV, Spiegelwand -
(Drucks. Nr. 15-0214/2009)**

Der Bezirksrat beschloss:

Dem Post SV e.V. wird für die Anschaffung eines Spiegels für den Tanzsaal ein Betrag von bis zu **1.000,00 Euro** zur Verfügung gestellt.

Einstimmig

**TOP 6.1.5. Bezirkshaushalt 2009 - KunstWerk, Gartenvielfalt II. -
(Drucks. Nr. 15-0225/2009)**

Der Bezirksrat beschloss:

Der Kunstschule KunstWerk e.V. wird für den II. Teil des gemeinsamen Projektes „Gartenvielfalt“ mit der Peter-Petersen-Schule einem Gesamtbetrag von bis zu **586,00 Euro** für Material zur Verfügung gestellt.

Einstimmig

**TOP 6.1.6. Bezirkshaushalt 2009 - G.-Stresemann-Realschule, Jubiläum -
(Drucks. Nr. 15-0226/2009)**

Der Bezirksrat beschloss **einstimmig**:

Der Gustav-Stresemann-Realschule wird zum 100-jährigen Jubiläum im März 2009 ein Betrag von **1.000,00 Euro** zur Verfügung gestellt.

TOP 6.2. der CDU-Fraktion

TOP 6.2.1. Kreuzungsumgestaltung Spielhagenstr. / Tiestestr.

(Drucks. Nr. 15-0041/2009)

Der Bezirksrat beschloss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, die überdimensionale Kreuzung der Spielhagenstraße und der Tiestestraße zu verkleinern.

Durch die stark zurückgesetzten vier Ecken der Fußgängerwege kann man die Kreuzung sehr schlecht einsehen.

Mit 1 Enthaltung

TOP 6.2.2. TiHo-Sportplatz auf der Bult

(Drucks. Nr. 15-0268/2009)

Wortbeiträge unter 6.2.2.1

Der Bezirksrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, unverzüglich Verhandlungen mit dem Land Niedersachsen wegen einer Übertragung (an einen Südstädter Verein) oder eines Kaufs des TIHO Sportplatzes sowie der Turnhalle an der Menschingstraße im Stadtteil Bult aufzunehmen.

Dabei ist darauf zu achten, daß das Grundstück mit den Gebäuden als Sportfläche erhalten bleibt.

erledigt durch Änderungsantrag 6.2.2.1

TOP 6.2.2.1. TiHo-Sportplatz auf der Bult

- Änderungsantrag zu Drucks. Nr. 15-0268/2009 -

(Drucks. Nr. 15-0391/2009)

Herr Stichternath monierte, dass die Situation seit Jahren bekannt und der Antrag überflüssig ist.

Frau Dr. Kollenrott und **Herr Meese** betonten, dass hier kein Kauf notwendig ist, weil mit einer Festschreibung im F-Plan die Nutzung vorgegeben ist. Auf Nachfrage von **Herrn Jäkel** bestätigte **Frau Lahde-Fiedler**, dass das Land keinen Einfluss auf die Festsetzungen im F-Plan hat.

Herr Siekermann monierte, dass im Änderungsantrag keine Rede vom Eigentümer Land ist. Außerdem gibt es immer wieder Gerüchte über die Intension der Stadt, dass mit dieser Fläche ein Grundstückstausch vorgenommen werden soll.

Herr Küßner warb für den CDU-Antrag, da dieser alternative Handlungen beinhaltet und ein Nutzungskonzept durch die vorhandenen Nutzer schon vorliegt. Außerdem betonte er, dass die Sporthalle unter Denkmalschutz steht und damit nur schwer abgerissen werden kann.

Der Bezirksrat beschloss:

Die Verwaltung wird gebeten, gemeinsam mit den Hauptnutzerinnen und Hauptnutzern des TiHo-Sportplatzes und der Turnhalle an der Menschingstraße und unter Mitwirkung des Stadtsportbundes ein Konzept zur Nutzung und Finanzierung eben dieses Sportplatzes und eben dieser Turnhalle zu entwickeln. Sie wird auch gebeten, dem Bezirksrat dieses Konzept nach seiner Fertigstellung zu präsentieren.

11 Stimmen dafür, 7 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 6.2.3. Durchgezogene Linie entlang der Bushaltestelle Jordanstraße

(Drucks. Nr. 15-0270/2009)

Der Bezirksrat beschloss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, entlang der Bushaltestelle Heinrich-Heine-Strasse auf der Jordanstrasse eine durchgezogene Linie aufzubringen.

Einstimmig

TOP 6.3. der SPD-Fraktion

TOP 6.3.1. Neues Ampelsystem Hildesheimer Straße

(Drucks. Nr. 15-0271/2009)

Nach Verlesen des Antrages durch **Herrn Jäkel** fragte **Herr Diener**, ob tatsächlich nur stadteinwärts "gemessen" wird oder in beiden Richtungen.

Der Bezirksrat beschloss:

Die Ergebnisse der Forscher an der Leibniz-Universität-Hannover über ein neues Lichtzeichensteuerungssystem auf der Hildesheimer Strasse, zwischen Altenbekener Damm und Schlägerstr. stadteinwärts, sind nach Beendigung des Versuches dem Bezirksrat zur Beratung vorzustellen. Erst nach dieser Vorstellung sind ggf. verkehrsbedingte Änderungen vorzunehmen.

Einstimmig

TOP 7. Informationen der Verwaltung über Bauvorhaben

Abgesetzt

Herr Pollähne schloss den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:50 Uhr.

Für die Niederschrift:

Pollähne
Bezirksbürgermeister

Busse
Bezirksratsbetreuer

